

WIRTSCHAFT UND UMWELT

Karl-Heinz Dignas, Absolventen Zeitung, 1/ Februar 1995, S. 2

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht in den öffentlichen Medien über irgendeine „Umweltkatastrophe“ berichtet würde. Deshalb hieße es, die berühmten Eulen nach Athen tragen, wenn man heutzutage auf Umweltprobleme aufmerksam machen wollte. Aber auch die Schuldigen sind, glaubt man den Medien, sehr schnell gefunden: der Mensch, die Wirtschaft, das Wirtschaftswachstum.

Nun ist es sicherlich in trivialer Weise richtig, daß der Mensch ein wichtiger Erzeuger von Umweltproblemen darstellt. Denn er braucht für sein Überleben die natürliche Umwelt - die Ökosysteme Wasser, Luft, Boden, Tiere, Pflanzen - in vielfältiger Weise: Er entzieht ihr Materie und Energie verbraucht und gebraucht natürliche Ressourcen, um mit ihrer Hilfe in seinem Sinne höherwertigere Güter zu produzieren, und er gibt die dabei anfallenden Abfälle – „Emissionen“ - an sie zurück. So ist es kein Wunder, daß der Mensch, seitdem es ihn gibt, immer wieder lokale Umweltkatastrophen heraufbeschworen hat. Die Störung, ja die Vernichtung natürlicher Ökosysteme ist damit ein Merkmal menschlicher Kultur.

Das Besondere an der heutigen Situation liegt also nicht daran, daß es Umweltprobleme gibt - die gab es schon immer - sondern daran, daß sie globalen Charakter angenommen haben. Es gibt keine „Nischen“, keine jungfräuliche Natur mehr. Die bis gestern mögliche Lösung „Let's go west“ ist zumindest auf unserem blauen Planeten - heute und morgen keine Lösung mehr. Der Mensch befindet sich in der Gefahr, seine eigenen Lebensgrundlagen und Handlungsmöglichkeiten zu zerstören.

Was ist in einer solchen Situation zu tun? Die Antwort liegt auf der Hand: Die Inputs aus den Ökosystemen in das ökonomische System und die Outputs in Gestalt von Abfällen aus dem ökonomischen System in die Ökosysteme müssen verringert bzw. in wiederverwertbare Inputs umgewandelt werden, damit die Ökosysteme wieder zu einem Gleichgewicht (zurück-) finden. Die natürliche Umwelt darf durch wirtschaftliche Aktivitäten zwar benutzt, aber nicht abgenutzt und übernutzt werden.

Wie kann man dies erreichen? Zwei Lösungsansätze sind bei Nichtökonomern besonders beliebt. Den ersten kann man „die Schaffung eines neuen Menschen“ nennen, der bei allem, was er tut, die Auswirkungen auf die natürliche Umwelt mitberücksichtigt und ihnen eine hohe Priorität einräumt. Ökonomen räumen diesem umweltmoralischen Verhalten nur geringe Chancen ein, da Umweltgüter wie saubere Luft oder reines Wasser in der Regel die typischen Merkmale öffentlicher Güter aufweisen. Dies bedeutet aber, daß hier das individuell rationale - d.h. eigennützige - Verhalten im Widerspruch zum umweltmoralischen Verhalten steht und sich ersteres im Zweifel und im Durchschnitt gegenüber letzterem durchsetzt.

Der zweite Lösungssatz heißt „Nullwachstum“. Er ist insofern plausibel, als uns das bisherige Wirtschaftswachstum gerade der letzten hundert Jahre in diese schwierige Situation hineingebracht hat. Wirtschaftswachstum ist aber nur dann umweltzerstörend, wenn es verbunden ist mit einem immer größeren Verbrauch von natürlichen Ressourcen und mit einer immer größeren Menge an Emissionen, so daß die Absorptionsfähigkeiten der Ökosysteme überfordert werden. Gelingt es aber, dieses „quantitative“ Wachstum durch eine „qualitative“ in Gestalt von umweltschonenden Produkten und Produktionsverfahren zu ersetzen, so kann man beides haben: eine bessere Umwelt und Wirtschaftswachstum.

Doch wie kann man das ökonomische System der Konsumtion und Produktion auf ein qualitatives Wachstum umstellen? Ökonomen sind sich darin einig, daß solche Maßnahmen an der entscheidenden Ursache für Umweltprobleme ansetzen müssen: An dem Tatbestand nämlich, daß bestimmte Umweltnutzungen zum Nulltarif bzw. zu einem zu geringem Preis (Kosten) in die Entscheidungen der wirtschaftlichen Akteure eingehen und dadurch Abnutzungen und Übernutzungen der betroffenen Ökosysteme zur Folge haben.

Als erstes Instrument sind hier Maßnahmen zu nennen, die unter die Begriffe „Verbote, Gebote, Auflagen“ fallen. Hierbei erzwingt der Staat bei den Wirtschaftssubjekten, bei Konsumenten und Produzenten, gegen die Androhung von Strafen - als „Preis“ für die Umweltnutzung - ein umweltschonendes Verhalten. Bei einer zweiten Form der Umweltpolitik belegt der Staat ökonomische Aktivitäten, die die Ökosysteme zu stark beanspruchen, mit einem Preis in Gestalt einer Umweltabgabe, oder er belohnt umweltschonende Aktivitäten mit staatlichen Subventionen.

Eine dritte Form der Umweltpolitik ist dadurch gekennzeichnet, daß der Staat die Menge an Umweltnutzungen festlegt, über diese Mengen Lizenzen (Zertifikate) vergibt, deren Preis sich dann an einem Markt bildet.

Über das Für und Wider dieser Formen der Umweltpolitik wird unter und zwischen Ökologen, Ökonomen, Politikern, Technikern und Juristen heftig gestritten. Es ist bezeichnend für die praktische Umweltpolitik - geprägt durch die Meinungen und Interessen der Nichtökomen - daß sie Verbote, Gebote und Auflagen als Maßnahmen in den Vordergrund stellt.

Gerade diese Maßnahmen stehen aber Ökonomen sehr skeptisch gegenüber, da sie ihre ökonomische und ökologische Effizienz als sehr gering einschätzen. Sie halten demgegenüber die Umweltzertifikatelösung für besonders umweltwirksam und ökologisch und ökonomisch effizient, weil hier der Markt eine wichtige Rolle spielt: Nur durch die Einbindung der Umwelt in die Informations-, Neuerungs- und Fähigkeitspotentiale des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs läßt sich der oft beschworene Konflikt zwischen Umwelterhaltung und Wirtschaftswachstum vermeiden.

Aus dem Munde eines Ökonomen kann deshalb das ein wenig resignative Fazit lauten: Die vielbeschworene Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie ist durchaus möglich. Sie wird aber mehr oder weniger dadurch verhindert, daß die Argumente der Ökonomen nicht gehört und/oder nicht verstanden werden und die daraus folgenden Maßnahmen nicht politisch durchgesetzt werden können.